Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 17

Vorwort: Am Beispiel zeigen... ; ...ist bitter nötig

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Zwei Versionen zum Weltraumflug (6)
Chinesischer Denkmalschutz (7)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— *50 Rp.*

2. Jahrgang, Nummer 17 **Bern, 3. Mai 1961** *Erscheint wöchentlich*

Unsere Meinung

Am Beispiel zeigen...

Letzte Woche haben wir dargelegt, dass der Handelsverkehr mit der freien Welt vom Ostblock als politische Waffe eingesetzt wird. Dadurch wird vom kommunistischen Monopolisten eine wirtschaftliche Abhängigkeit der einzelnen Unternehmer im Westen angestrebt. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit kann im Bedarfsfall in eine politische umgewandelt werden. Deshalb ist der Wirtschaftsverkehr mit dem Ostblock, soweit er diesem politische Vorteile verschafft, gefährlich und muss bekämpft werden. Trotzdem haben wir den «Osthandel» nicht in Bausch und Bogen abgelehnt. Wir befürworten «Geschäfte» mit dem Ostblock immer dann, wenn sie auch unsererseits als politische Waffe eingesetzt werden.

Ein Beispiel mag dies veranschaulichen. Es gibt in der freien Welt mehrere Institutionen, welche die Entwicklung im Ostblock beobachten. Alle diese Institutionen, sofern sie wissenschaftlich und sachlich arbeiten, müssen Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Bücher aus dem Ostblock beziehen und auswerten. Der Bezug dieser Druckerzeugnisse ist einwandfrei «Osthandel». Wenn wir alle Ostgeschäfte in den gleichen Topf werfen und ablehnen, entziehen wir diesen Institutionen die Möglichkeit, unseren Gegner zu beobachten und kennenzulernen. Das wäre ein schwerer Irrtum.

Aus diesem Grunde darf der Osthandel gesamthaft weder abgelehnt noch befürwortet werden. Es ist vielmehr erforderlich, dass jedes Geschäft mit politischen Massstäben gemessen und rein taktisch beurteilt wird. Das ist zwar ein schwieriges, aber notwendiges Unterfangen. Dieses Vorgehen ist auch nicht leicht zu erklären, weil von hier aus der Eindruck der Widersprüchlichkeit entstehen kann. Denn es ist sehr gut möglich, dass zwei scheinbar ähnliche «Geschäfte» unterschiedlich bewertet werden müssen.

Einen solchen Fall möchten wir zur Illustration anführen. Wir sind aus politischen Ueberlegungen der Ansicht, dass westliche Konsumgüter vermehrt im Ostblock ausgestellt werden sollten. Nun lud dieser Tage die Genfer Firma Swissexim zahlreiche Unternehmen zur Teilnahme an einer schweizerischen Industrieausstellung in Moskau ein. Die Ausstellung soll vom 1. bis 30. September 1961 im Maxim-Gorki-Park in Moskau durchgeführt werden; die Organisation besorgt die Swissexim in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Handelskammer.

Diese Ausstellung lehnen wir ab. Dafür sind folgende Ueberlegungen massgebend: Bei der Swissexim handelt es sich um eine Organisation, deren Träger unbekannt sind. Der von ihr verschickte Prospekt, die Tatsache der engen Zusammenarbeit mit der sowjetischen Handelskammer, die ungetarnte Propaganda für eine Verstärkung des politisch gefährlichen Osthandels, die Umgehung der Schweizerischen Zentrale für Handelförderung, die täuschende Verwendung des Armbrustzeichens lassen vermuten, dass es sich bei der Swissexim um einen kommunistischen Ableger handelt. Die kurze Frist von sechs Monaten bis zur Eröffnung der Ausstellung weckt den Verdacht, dass eine Ueberrumpelung geplant war.

Eine solche Organisation ist aber nicht in der Lage, die Aufstellung so zu gestalten, dass sie der freien Welt einen politischen Vorteil verschaffen könnte. Wahrscheinlich würde die Swissexim die Gestaltung der Ausstellung beeinflussen und beispielsweise verhindern, dass das Bild einer Landsgemeinde gezeigt wird mit entsprechendem Text, wonach die Bürger der «kapitalistischen, ausbeuterischen und versklavenden» Schweiz ihre Geschicke selber lenken.

Falls uns die Vereinigten Staaten Würste oder Schuhe verkaufen wollen, wird es natürlich zu keinem Handel kommen; da könnt ihr anderswo Käufer suchen. Wir wünschen Produkte zu kaufen, an welchen w i r interessiert sind ..., und solche Konsumgüter gehören nicht dazu.

Chruschtschew 1959.

Unser Kommentar

... ist bitter nötig

Polen hat auf dem Wege der «Volksdemokratisierung» von 1945 bis 1948 eine enorme landwirtschaftliche Nutzfläche enteignet. In der Folge war der Staat nicht in der Lage, diesen Boden zu bebauen. Der grösste Teil wurde zunächst unter Bauern verteilt, später jedoch wiederum in Grossbetrieben zusammengelgt. Ein Teil wurde dem Staat zu Eigentum übertragen, der damit einerseits Staatsgüter gründete, andererseits den Boden verpachtete. Dieser Verpachtung war der erhoffte Erfolg nicht beschieden. Die Pächter benützten den Boden nur als Weide, und grosse Felder der staatlichen Bodenreserve blieben unbestellt. Daher entschloss sich Polen 1958, 500 000 Hektaren Boden an Bauern zu verkaufen. Diese Reprivatisierung stellte einen vorläufigen ideologischen Rückzug dar.

Trotzdem zeitigte dieses Vorgehen keinen Erfolg. Von Mitte 1958 bis Ende 1959 wurden bloss 52 000 Hektaren verkauft. Der Bauer war gewitzigt aus den Nachkriegserfahrungen mit dem kommunistischen Regime und blieb misstrauisch. Er wusste, dass bei Bedarf das Regime den Boden durch ein Dekret wiederum verstaatlichen konnte.

Seit anfangs 1960 greift der polnische Staat zu einer ganz erstaunlichen Massnahme: er verkauft seinen Boden an die Exilpolen. Ein von der Warschauer Agrarbank (die mit der Abwicklung dieses Geschäftes betraut ist) herausgegebener Prospekt versucht mit dem Hinweis auf die Preis- und Steuervergünstigungen diesen Boden in grossem Stil an die Auslandspolen, vor allem in den USA, zu verkaufen. Der durchschnittliche Preis beträgt 12 000 Zloty pro Hektare. Im Jahre 1960 konnten dank diesem neuen Interessentenkreis 40 000 Hektaren verkauft werden. Die Operation dürfte dem polnischen Staat rund eine halbe Milliarde Zloty, zum Teil in harter Währung eingebracht haben.

Das Vorgehen stellt in verschiedener Hinsicht eine krasse Verletzung der marxistisch-leninistischen Ideologie dar: eine Reprivatisierung verstösst an sich gegen die Grundsätze des Kommunismus, und ein Verkauf von Boden vorwiegend an Flüchtlinge, die die Nationalität eines kapitalistischen Landes erworben haben, ist geradezu ketzerisch. Diese Abweichung wird aber geduldet, weil sie gegenwärtig dem Staat bedeutende Vorteile sichert. Und die Nachteile sind nicht allzu gewichtig, weil im gegebenen Moment das kommunistische Regime den Boden wiederum verstaatlichen kann. Die kommunistische Taktik lehrt und verlangt diesen Opportunismus.

Damit bleibt die Frage übrig, warum Exilpolen überhaupt Boden in Polen kaufen. Aus Hoffnung auf eine Aenderung des Regimes, aus Liebe zum Vaterland? Das sind menschlich begreifliche Ursachen für dieses Handeln, aber keine Erklärung für eine gefährliche Dummheit.

Peter Sager.

Als Hauptlehre aus dem sowjetischen Wirtschaftskrieg ergibt sich, dass eine umfangmässig kleine, aber wohlgelenkte ökonomische Aktion gegen eine freie Welt mit vorwiegend dezentralisierten Entscheidungskompetenzen imstande ist, in Anbetracht der eingesetzten Mittel unverhältnismässig grosse Erfolge zu erzielen.

Robert Allen, «Soviet Economic Warfare», 1960.